

Statement Andrea Hniopek – Pressekonferenz der KAG W am 7.9.2017

In Hamburg leben rund 20.000 Menschen in Unterkünften. Hierbei handelt es sich um wohnungslose Menschen, wohnberechtigte und nicht wohnberechtigte Zuwanderer. Hinzu kommen gut 2000 Menschen, die ohne jede Unterkunft auf der Straße leben. Nicht gezählt und nicht erfasst sind die Menschen, die in prekären Wohnverhältnissen leben oder bei Bekannten unterkommen. Gerade von Frauen wissen wir, dass sie Beziehungen eingehen, um ein Dach über dem Kopf zu haben.

Der Hamburger Wohnungsmarkt ist nahezu zum Erliegen gekommen. Um günstige Wohnungen bewerben sich sowohl Menschen mit durchschnittlichen als auch Menschen mit geringen Einkommen. Bei dieser Konkurrenz haben Menschen mit geringerem Einkommen und einer negativen Schufa auf dem regulären Wohnungsmarkt inzwischen so gut wie keine Chance mehr. Die vorhandenen Programme reichen nicht aus, um diese Gruppe mit Wohnraum zu versorgen. Es braucht erheblich mehr Förderung von sozialem Wohnungsbau in allen Regionen der Stadt. Es braucht Anreize, damit Menschen mit niedrigen Einkommen als Mieter genommen werden. Nur so kann eine Chancengleichheit hergestellt werden. Dies alles gilt natürlich nicht nur in Hamburg, sondern inzwischen bundesweit und kommt im 4. Gebot „Du sollst bezahlbare Wohnungen schaffen“ zum Ausdruck.

Das erste Gebot liegt mir jedoch besonders am Herzen:

1. DU SOLLST NIEMANDEM EIN DACH ÜBER DEM KOPF VERWEHREN

In Hamburg versuchen Menschen, die aus den EU-Mitgliedsstaaten zugewandert sind, eine Arbeit zu finden und sich ein neues Leben aufzubauen. Den meisten gelingt es und wir alle profitieren davon. Ein geringer Teil von ihnen strandet jedoch in Hamburg. Ohne Erwerbseinkommen und ohne Ansprüche auf Sozialleistungen verwehrt Hamburg diesen ein Bett in einer Notunterkunft. Selbst im Winter erhalten viele von ihnen keinen Platz im Winternotprogramm. Als Alternative zum Übernachten auf der Straße wird ihnen ein nächtlicher Sitzplatz in einer städtischen Tagesaufenthaltsstätte angeboten. Sie werden also als Menschen zweiter Klasse behandelt, eine für alle Beteiligten unerträgliche Praxis- nicht zuletzt für diejenigen, die zu entscheiden haben, wer das Bett und wer nur den Sitzplatz erhält, wer der Kälte entfliehen und schlafen darf und wer einfach nur nicht erfrieren soll. Barmherzigkeit sieht sicherlich anders aus.

Eine Rückfahrkarte in die alte Heimat ist für viele von diesen EU-Zuwanderern keine Alternative. Da, wo sie herkommen, sehen sie für sich keine Möglichkeiten. So bleiben diese Menschen trotz alledem, leben häufig auf der Straße, betteln und nutzen Angebote, die ihnen das Überleben erleichtern. Doch auch auf der Straße, im Park und in Eingängen von Kaufhäusern sind sie nicht erwünscht. Sie werden dort vertrieben und zunehmend wird ihnen mit dem Entzug der Freizügigkeit gedroht. Das bedeutet, dass in dem Moment, wo sie Hilfebedürftigkeit anmelden oder sie als hilfebedürftige Personen registriert werden, ein Verfahren eingeleitet wird, das sie zur Ausreise verpflichtet und ihnen damit das normalerweise bestehende Recht auf Freizügigkeit und damit auf den Aufenthalt in unserem Land aberkennt. Dies sorgt dafür, dass sich immer mehr nicht trauen, ihre Hilfebedürftigkeit anzugeben.

Wir empfinden all dies als tiefgreifenden Einschnitt in die Menschenwürde. Diese ist nicht teilbar- sie gilt für alle Menschen, auch für die, die sich mit ihrer Zuwanderung ein besseres Leben versprochen haben, jetzt auf der Straße leben und zumindest ein Mindestmaß an existenzsichernden Hilfen benötigen.

Deshalb sagen wir als KAGW:

Jeder hat das Recht auf eine menschenwürdige Unterbringung – auch bei fehlendem Leistungsanspruch. Wir fordern Betten für alle.

Soziale und politische Rechte für Unionsbürger*innen in den Staaten, Ländern und Städten, in denen sie leben, müssen für alle gelten und nicht nur für die, die Steuern zahlen und damit Gewinn bringen. Wir fordern daher eine menschenwürdige Unterbringung auch für Menschen ohne Sozialleistungsansprüche. Qualifizierte Beratung und Unterstützung können dann dazu beitragen, mit den Menschen in Ruhe zu schauen, ob eine Perspektive hier in Deutschland realistisch und möglich ist oder ob auch eine Rückkehr in die alte Heimat eine Alternative sein kann. Eine Fahrkarte zurück reicht dann nicht aus. Es braucht konkrete Hilfen, um die Rückkehr zu einer echten und annehmbaren Alternative werden zu lassen. Dass dies gelingen kann, zeigen Erfahrungen, die wir in unserem Containerprojekt für obdachlose Frauen gesammelt haben und das wir über Spenden finanzieren. Dort bieten wir obdachlosen Frauen einen sicheren Schlafplatz; etwa die Hälfte von ihnen stammt aus Osteuropa. Einigen von ihnen ist es mit unserer Hilfe sogar gelungen, eine Arbeit zu finden. Es lohnt sich also, mit den Menschen zu arbeiten, statt sie zu verdrängen und einfach abzuschieben. Es zeigt, dass dieses unser erstes Gebot nicht nur ein Gebot der Menschenwürde, sondern dass es auch vernünftig und für alle nutzbringend ist, niemandem ein Dach über dem Kopf zu verwehren.

Andrea Hniopek

Dipl.- Sozialarbeiterin / Sozialpädagogin, seit 24 Jahren in der Wohnungslosenhilfe tätig
Leitung der Abteilung Existenzsicherung, Caritasverband für Hamburg e.V.
Mitglied im Vorstand der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
Mitglied im Fachausschuss Gesundheit und der AG Migration der
Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe
Seit 13 Jahren Dozentin an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg,
Fakultät Wirtschaft und Soziales, Department Soziale Arbeit